



FREUNDESBRIEF JULI 2015

Hendrik-Kraemer-Haus  
Niederländische Ökumenische Gemeinde  
c/o Westerwaldstr. 18 / 13589 Berlin  
www.hendrik-kraemer-haus.de  
info@hendrik-kraemer-haus.de  
Konto: Verein der Freunde des HKH e.V.  
Evangelische Bank  
IBAN: DE35 5206 0410 0003 9109 97  
BIC: GENODEF1EK1

---

Liebe Freundinnen und Freunde,

nun ist es ein Jahr her, dass das Hendrik-Kraemer-Haus in veränderter Weise seine Arbeit weiterführt. Wir geben Euch Nachricht, welche gewichtigen Begegnungen im letzten Jahr bei uns stattfanden. Und wir informieren Euch über neue Entwicklungen. Im letzten Freundesbrief verabschiedeten wir uns mit dem Wunsch, dass das Werk von Bé Ruys in einer neuen Weise weiterleben, dass Menschen und Aufgaben, die Bé wichtig waren, weiter gefördert werden mögen. Das wird nun Wirklichkeit (s. S. 8).

Mit Sorge blicken wir auf die gegenwärtigen Entwicklungen in der Welt. Lasst uns über die Schwierigkeiten, aber auch über die Freundlichkeiten unserer Zeit miteinander in Kontakt bleiben. Seid herzlich begrüßt

*Constanze Kraft im Namen von HKH und NÖG*

## SÜDAFRIKA

### EIN LANGER KAMPF – WO BLEIBT DIE SOZIALE GERECHTIGKEIT?

Im 20. Jahr nach den ersten demokratischen Wahlen in Südafrika und der Regierungsübernahme durch den ANC mit Nelson Mandela als Präsident hatten die deutschen Organisationen Brot für die Welt, Koordination Südliches Afrika (KOSA) und Kirchliche Arbeitsstelle für das Südliche Afrika (KASA) Gäste

aus Südafrika zu einer Konferenz zum Thema: "Wo bleibt die soziale Gerechtigkeit?" eingeladen, und wir konnten drei südafrikanische Gäste und ihre Begleiter von der KASA für ein Seminar des Hendrik-Kraemer-Hauses im Oktober 2014 gewinnen.



Liebollo Lebohang Pheko, soziale Aktivistin und Unternehmerin, politische Analystin und Kommentatorin und freie Schriftstellerin, Co-Direktorin und Miteigentümerin einer Consultingfirma gab zu bedenken, dass der ANC von Anfang an vor

einer unlösbaren Aufgabe stand, da ein Bürgerkrieg vermieden werden musste und angesichts der globalen Rahmenbedingungen eine Alternative zur Beibehaltung der kapitalistischen Strukturen chancenlos war. Zudem hat die enge Verflechtung der Regierungspartei ANC mit dem Gewerkschaftsdachverband COSATU und der Kommunistischen Partei viele Gewerkschaften und auch die KP lahm gelegt. Armut hat immer noch ein schwarzes und weibliches Gesicht! Viele Menschen haben das Vertrauen in die staatlichen Strukturen verloren. An vielen Orten entstehen neue soziale Bewegungen.

Das Massaker von Marikana im August 2012 ist Ausweis dafür, dass die alten Ausbeutungsstrukturen nach wie vor funktionieren. Bei einem Streik im britischen Bergbauunternehmen Lonmin in Marikana bei Rustenburg in der Nordwestprovinz unter der Führung einer neuen Gewerkschaft (AMCU) erschießt die Polizei 34 Minenarbeiter mit Duldung von Regierungsstellen und Unterstützung der traditionellen Bergarbeitergewerkschaft NUM.

Eine der neuen sozialen Bewegungen ist die Greater Middleburg Residents Association, für die Thomas Mguni arbeitet. Sie setzt sich für die Rechte der Menschen ein, die in der durch den Kohleabbau besonders verschmutzten HighVeld Region trotz staatlicher Gesetze zu Umweltschutz, Wasser- und Landnutzung unter Umweltverschmutzung, Umweltkrankheiten, kontaminierten Böden und kontaminiertem Trinkwasser leiden und vertrieben werden. Fruchtbare Land muss dem Kohletagebau mit der Begründung weichen, dass Kohleabbau nötig sei, um billige Energie erzeugen und die brauche die Wirtschaft. Die meisten Menschen der Region haben nach wie vor

keinen Zugang zu elektrischem Strom, in ganz Südafrika sind es insgesamt noch immer 5 Millionen.

Nomarusia Bonase, die dritte Referentin, die von sich selbst sagt, dass die Straße ihre Universität gewesen sei, arbeitet für die Khulumani Support Group, eine Nichtregierungsorganisation, die für die juristische und gesellschaftliche Aufarbeitung der Apartheid-Verbrechen, vor allem aber für die Rechte der zwangsumgesiedelten Gemeinschaften, eintritt. Khulumani ist 1995 zeitgleich mit der Wahrheits- und Versöhnungs-Kommission entstanden. Neben der politischen und wirtschaftlichen Wiedergutmachung der Apartheidverbrechen will die Organisation erreichen, dass die Opfer der Apartheid ihre Geschichte in die eigenen Hände nehmen. Beratung, Beistand in Rechtsfragen und Politisierung der Opfer gehören zum Profil von Khulumani.

*Friederike Schulze*

## DEUTSCHLAND

### EINE ANDERE ASYLPOLITIK IST MÖGLICH (UND NÖTIG!)

Gemeinsam mit Bernhard Fricke, der als Vorsitzender von „Asyl in der Kirche“ und Pfarrer im Abschiebegewahrsam unmittelbar in die Berliner Flüchtlingspolitik involviert ist, und mit Milena Jochwed, Studentin an der Alice-Salomon-Hochschule, die über den Kampf der Geflüchteten vom Oranienplatz berichtete, ging es im Seminar am 24. Januar 2015 darum, welche andere Asylpolitik nötig und möglich ist.

Bernhard Fricke begann seine Ausführungen mit dem Hinweis auf eine problematische Einteilung der Geflüchteten in Berechtigte und Unberechtigte. Er wies auf ein sehr gutes Heft der Heinrich-Böll-Stiftung hin, „Niemand flieht ohne Grund“. Es ist im Internet herunterzuladen. Die Flüchtlinge bei uns unterteilte er (grob) in drei Gruppen: Menschen mit Papieren und rechtlichen Verfahren und „Versorgung“ - das heißt zumeist Heimplatz, Geldleistungen unter der Sozialhilfe, minimale Gesundheitsfürsorge. Die zweite Gruppe ist die der Menschen mit Duldung - das heißt, die Abschiebung ist ausgesetzt, und der Status muss ständig bestätigt werden. Diese Menschen leben oft über Jahre in diesem Zwischenstatus. Auch ihnen steht die minimale Versor-

gung zu, doch sie muss im Bedarfsfall errungen werden. Die dritte Gruppe ist die der „illegalisierten“, der Menschen ohne Papiere. Diese Menschen sind von staatlicher Seite unversorgt, und sie leben oft in ständiger Angst, entdeckt, verhaftet und abgeschoben zu werden.



Die Forderungen der Flüchtlinge vom Oranienplatz in Berlin waren: Aufhebung der Abschiebung – des Arbeitsverbotes – der Residenzpflicht – der Unterbringung in „Heimen“. Mit diesen Forderungen sollte ein politischer Prozess angestoßen werden, und darum geht es auch jetzt noch. Inzwischen lautet der Inhalt der

Botschaft der Flüchtlinge: „Wir sind noch da. Wir haben Rechte.“ Und immer wieder heißt es: „Freedom of movement“ (Freiheit der Bewegung, Bewegungsfreiheit, freie Wahl des Ortes, wo Menschen leben wollen).

Mit diesen klaren Aussagen fordern die Geflüchteten auch die Kirche heraus - und sie hat sich herausfordern lassen: In Berlin gibt es inzwischen monatliche Plenumsgespräche zwischen Flüchtlingen und kirchlichen Vertretern. Und es gibt Gespräche zwischen der Kirche, engagierten Initiativen und dem Senat von Berlin. Alle diese Gespräche sind nicht einfach. Sie brauchen Zeit, Einfühlungsvermögen, Wachheit und die Bereitschaft, die Zeichen der Zeit zu sehen und nach neuen Lösungen zu suchen.

Milena Jochwed gab einen Überblick über die Besetzung und die Räumung des Oranienplatzes sowie über die Weiterentwicklung dieser Flüchtlingsbewegung in Berlin:

Am 6. Oktober 2012 wird der Oranienplatz durch einige Asylbewerber (die meisten stammen aus afrikanischen Ländern) besetzt, ab November 2012 wird parallel die Gerhart-Hauptmann-Schule von ca. 100 Menschen besetzt. Im August 2013 - die Geflüchteten haben mit Unterstützung einen Winter durchgehalten - soll der Oranienplatz geräumt werden. Das geschieht aber nicht, denn es gibt eine große Aufmerksamkeit und viel Unterstützung. Im Dezember 2013 wird das Räumungsbegehren gestoppt, Frau Kolat verhandelt im Auftrag des Bürgermeisters. Im April/Mai 2014 gehen viele der Flüchtlinge auf die Vorschläge des Senats ein, andere verweigern sich, sehen die Bewegung in Gefahr. Für 553 Flüchtlinge gilt die Einigung vom Oranienplatz als

bindend, die Menschen der besetzten Schule haben jetzt einen anderen Status. Doch mit der Einigung wird die Bewegung gespalten!

Die Flüchtlingsbewegung, die schon vorher aus einer Vielzahl von Gruppen bestand, ist nun auch räumlich zerstreut. Im Vordergrund steht für die Menschen, Überlebensstrukturen aufzubauen und für die persönlichen Rechte zu kämpfen, da die Zusagen des Senates nicht so eingehalten werden wie vorher kommuniziert. Der politische Kampf ist in den Hintergrund geraten, langsam und auch mühsam entstehen neue Strukturen. Den Flüchtlingen ist die Selbstbestimmung ihres Protestes wichtig, zugleich sind sie angewiesen auf Unterstützung, Vernetzung, Begleitung, Klärung. Es gibt Treffen der Flüchtlingsgruppen, und es gibt das Ringen um Lebensmöglichkeiten für diese Menschen in unserer Stadt. Soweit die Aussagen von Milena.

Bernhard Fricke ergänzte, dass juristisch nach einer grundsätzlichen Lösung für diese Menschengruppe im Land Berlin gesucht werden müsse. Es geht um einen veränderten Umgang mit denen, die in unser Land kommen, es geht um Veränderungen in der Asylpolitik. Und: "Wir müssen eine Kirche mit Flüchtlingen werden."

In diesem Sinne wurde auch die Situation der Sinti und Roma benannt. Hier gibt es eine "kollektive Wahrnehmungsverweigerung", wie einer der Aktiven sagte. Doch das ist ein weiteres Thema.

*Gundula Lembke*

## CUBA

### GEGENWÄRTIGE VERÄNDERUNGSPROZESSE – CHANCEN UND GEFAHREN

Im Seminar am 21. März 2015 analysierten die Mitarbeitenden von Cuba sí, Jörg Brückmann und Mirjam Näther, sehr kenntnisreich die gegenwärtigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen Cubas.

Nach dem fast 55 Jahre währenden Embargo der USA gegen CUBA kam die amerikanische Ankündigung am 17. Dezember 2014 für die Öffentlichkeit relativ überraschend. Die USA erklärten, CUBA von der Liste der den Terror

unterstützender Staaten streichen zu wollen sowie die dazugehörigen Sanktionen aufzuheben. Die letzten drei der Cuban Five wurden nach 16 jähriger Inhaftierung freigelassen und die Errichtung von Botschaften im jeweils anderen Land vereinbart. Mit dieser Zäsur setzte eine neue außenpolitische Dynamik ein, die fragen lässt, wie sich diese in CUBA innenpolitisch niederschlagen wird, welche Chancen und Gefahren entstehen könnten. Dazu einige (wenige) Daten:

Die *Wirtschaft* CUBAS wuchs im Jahr 2014 um 1,4 % (2013: 2,7 %, 2012: 3,1 %). Seit 2010 sind nichtstaatliche Formen der Erwerbstätigkeit möglich. Bei einer Zahl von etwa 5,1 Mio. Beschäftigten (bei 11,2 Mio. Einwohnern) beträgt die Anzahl der Selbständigen knapp 10%. Selbständige Tätigkeiten sollen hauptsächlich im produktiven Bereich entstehen, doch überwiegt bislang der Dienstleistungsbereich (Kleingewerbe wie Friseure, Taxis und Privatrestaurants). Anfang 2013 traten ein neues Steuergesetz und ein neues Arbeitsgesetz in Kraft. Das lange vorbereitete neue Investitionsgesetz wurde Ende Juni 2014 beschlossen. Ausländische Firmen können nun mit 100% Kapital in CUBA zum Einsatz kommen, Leitlinien dazu sind von der Bevölkerung erarbeitet worden.



CUBAS größter Devisenbringer ist der Export von Medizin. Der Tourismus spielt ebenfalls eine entscheidende wirtschaftliche Rolle. Etwa 3 Millionen Touristen kommen pro Jahr nach CUBA. Pro Tourist bleiben etwa 900 Dollar im Land. Das Internet nutzen inzwischen 3 Millionen Menschen. CUBA ist fast Selbstversorger an Medikamenten, es hat Präparate gegen Krebs und Diabetes entwickelt, die es auch in die USA exportiert. Und es plant eine "Grüne Revolution". Es nimmt den Spitzenwert beim ökologischen Fußabdruck ein und ist das einzige Land der Welt, das die Kriterien einer "nachhaltigen Entwicklung" erfüllt. Es forstet auf und bringt Biokraftstoffe auf den Markt. Die Nutzung von Solarenergie steht an oberster Stelle, Windparks entstehen, eine Energiewende ist angestrebt. Bereits 24% der Energie kommen aus erneuerbaren Energiequellen, angestrebt wird eine dezentralere Stromversorgung. Zu den Sonder-Wirtschaftsmaßnahmen zählen der Ausbau des Hafens Mariel für die Super-Postpanamax-Schiffe sowie die Weiterentwicklung der Pharmaindustrie.

*Probleme* gibt es im Bauwesen, in der Landwirtschaft, im Transportwesen, im öffentlichen Nahverkehr. Ein Großhandelssystem existiert noch nicht. Oftmals sind Buchhaltung, Kalkulation, Planung nicht ausgereift. Es gibt 150.000 Neubauern mit wenig oder fehlender Berufserfahrung, es herrscht Unwissen beim Umgang mit Ressourcen. 70% aller Gewinne werden von nur 4% der Unternehmen erwirtschaftet. Zugleich entstehen durch die wirtschaftlichen Entwicklungen soziale Unterschiede in der Bevölkerung. Die Landwirtschaft ist weiterhin importorientiert und Preisspekulationen oder Naturkatastrophen ausgeliefert. Die Regierung stellt 3,3 Milliarden Peso für Genossenschaften bereit, Land wird bis 65 ha vergeben, unrentable Betriebe werden geschlossen. Gefördert werden soll die "städtische" Landwirtschaft. Zugleich müssen die Verpackungsindustrie und die Haltbarkeitsmachung entwickelt werden. Nach wie vor gibt es Lebensmittelkarten auf "Peso National" und notwendige Rationierungen für arme Familien.

Folgendes *Fazit* lässt sich ziehen: Zu den gegenwärtigen Haupt-Problemen, die von der kubanischen Regierung gelöst werden müssen, gehören die Kapitalunterversorgung der Unternehmen, die ungenügende produktive Basis, die zwei im Land bestehenden Währungen. Der Tenor der innerkubanischen Diskussionen lautet: Wenn die Stärkung der Wirtschaft nicht gelingt, können die Errungenschaften der Revolution nicht gesichert werden. Notwendig sind Einheit, Produktivität und Effizienz der ökonomischen Faktoren. Das soziale Credo CUBAS bleibt bestehen, doch zugleich soll eine neue Unternehmenspolitik etabliert werden.

Aber welche Basis hat die wirtschaftliche Weiterentwicklung in der Bevölkerung, bei der zu 70% kein Interesse an Politik besteht, weil die Bewältigung des Alltags so viel Raum einnimmt? Für die kubanische Regierung ist es wichtig zu wissen, dass nicht das Wort "Sozialismus" die Kubaner zusammenhält, sondern das Wort "Unabhängigkeit".

Dennoch: Der 17. Dezember 2014 war das Resultat eines sehr langen zähen Prozesses, in dem CUBA die amerikanische Anerkennung erreichte, ohne seine Prinzipien aufgeben zu haben! Allen jedoch ist klar, dass die USA mit der Annäherung an CUBA nur ihre Vormachtstellung in Lateinamerika wieder zu erreichen trachten.

*Constanze Kraft*

## GRÜNDUNG DES BÉ-RUYS-FONDS



Das Gedenken an den ersten Todestag von Bé Ruys liegt hinter uns. Der Erinnerung an sie soll auch ein nach ihr benannter Fonds dienen. Bé verfügte über einen gewissen materiellen Rückhalt in den Niederlanden. In ihrem Testament hat sie uns überraschend mit einer beachtenswerten Summe bedacht. Der niederländische Freundeskreis "Stichting Steunfonds Hendrik Kraemer Huis" und der Vorstand des Berliner "Verein(s) Freunde des HKH e.V." haben entschieden, damit ökumenische Projekte, Initiativen und Gruppen zu unterstützen. Es schien uns das im Sinne unserer Domina zu sein, die das Hendrik-Kraemer-Haus nie isoliert von der größeren ökumenischen Gemeinschaft sehen wollte. Das Haus war immer auf Unterstützung angewiesen und hat immer Unterstützung gewährt. Wir hoffen, dass im Oktober erstmalig Mittel aus diesem Fonds ausgereicht werden können. Näheres wird auf unserer HKH-Homepage zu lesen sein.

*Giselher Hickel*

- Wir laden herzlich ein zu unseren GOTTESDIENSTEN, jeweils am vierten Sonntag eines Monats, 15.30 Uhr.
- "Man muss die Bibel lesen, damit man die Zeitung versteht." Im Sinne dieser Aussage von Johannes Rau thematisiert unsere regelmäßige POLITISCHE VESPER in einem gottesdienstlichen Rahmen Themen aus Politik und Gesellschaft in einem Dreischritt: Sachliche Information - biblische Reflexion - Gebet und Aktion. Die Vespere finden jeweils am ersten Sonntag im Quartal in der Französischen Friedrichstadtkirche am Berliner Gendarmenmarkt statt, vorbereitet gemeinsam mit der Evangelischen Kirchengemeinde in der Friedrichstadt und der Französischen reformierten Gemeinde. Die nächste Vesper findet am 5. Juli 2015, 16 Uhr, statt unter dem Thema "Was uns anzieht - von der Herkunft unserer Kleidung".
- Zu allen unseren SEMINAREN und Tagungen ergehen gesonderte Einladungen.
- Unser Begegnungsort ist das ANDREAS-HAUS  
Stralauer Platz 32, 10243 Berlin, gegenüber dem Ostbahnhof  
FON 030/6115704 Els van Vemde, 030/2820780 Constanze Kraft